

8914/J XXIV. GP

Eingelangt am 30.06.2011

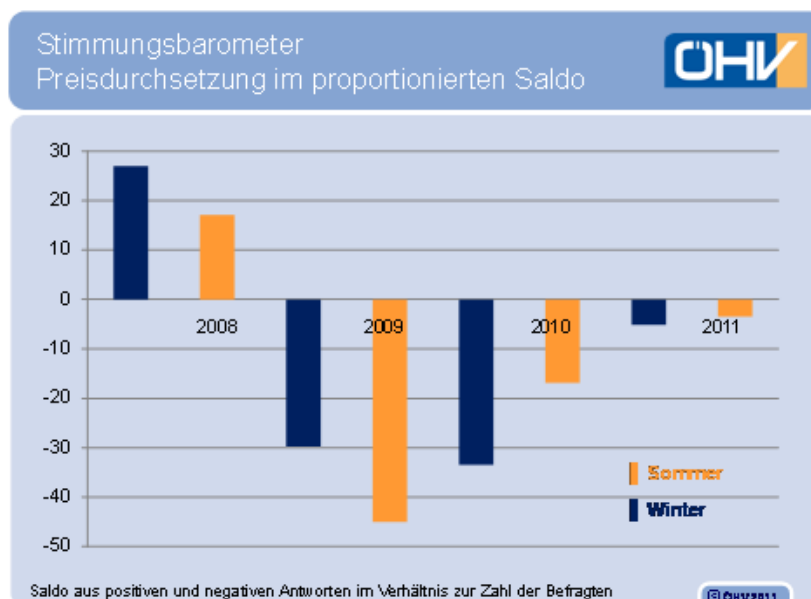
Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Haider
und anderer Abgeordneter

an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend
betreffend die Umsätze von Tourismusbetrieben

Während die ohnehin bereits angeschlagenen Betriebe bei den Umsätzen weiterhin ein Minus von 5% zu verzeichnen haben, hört man aus dem Ministerbüro von der Erholung der Tourismusbranche nach der Krise und von Rekordergebnissen bei Inländernachtungen und -ankünften im Jahr 2010 sowie einer stabilen Nachfrage auf ausländischen Herkunftsmärkten. Doch wie das Stimmungsbarometer der ÖHV zeigt, ist trotz (notwendiger) Besserung der Saldo aus positiven und negativen Antworten bei der Preisdurchrechnung immer noch negativ. Für die angeschlagenen Betriebe bedeutet das keine Verbesserung der ohnehin angeschlagenen Lage.



Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend nachfolgende

Anfrage

1. Wie kann im Zuge der Behandlung des Tourismusberichts 2010 von Rekordergebnissen gesprochen werden, wenn die Umsätze laut ÖHV-Studie noch immer ein Minus verzeichnen?
2. Welche Maßnahmen werden Sie setzen um die wirtschaftliche Situation der Tourismusbetriebe, deren Eigenkapitalquote zwischen -3,6% (3-Stern-Hotellerie und darunter) und 7,1% (4/5-Stern-Hotellerie) zu verbessern?
3. Wie bewerten Sie den durchschnittlichen Aufschlag von 3,5% über Euribor, den Bankinstitute den Tourismusbetrieben derzeit verrechnen?
4. Erwartet höhere Zinsen könnten Betriebe mit ungenügendem Eigenkapital in den nächsten Jahren vor Probleme stellen, wie wird mit diesem Problem umgegangen?
5. Wo schlägt sich die von Ihnen genannte Ausweitung des ÖW- Budgets nieder?
6. Wie bewerten Sie die Aussage des Geschäftsführers der Hotel und Tourismusbank wonach die Tourismusbetriebe im Durchschnitt die vom Unternehmens-Reorganisations-Gesetz geforderte Entschuldungsdauer von 15 Jahren nicht erreichen, welche Maßnahmen setzen Sie in diesem Bereich?